Besondere Bedingung HelferPlus zur Unfallversicherung

UVKU2098

1. Die folgenden Bestimmungen gelten, wenn die versicherte Person anlässlich ihrer nicht berufsmäßigen Betätigung als ehrenamtliches Mitglied von freiwilligen Feuer- oder Wasserwehren, der Bergrettung/Wasserrettung oder freiwilliger Sanitätsdienste (z.B. Rotes Kreuz, Arbeitersamariterbund) einen Unfall erleidet.
Unfälle, die der Versicherungsnehmer ab dem Zeitpunkt seiner nachgewiesenen Alarmierung auf dem direkten Weg zum Sammel- bzw. Einsatzort erleidet, sind ebenfalls versichert.

Als nicht berufsmäßige Betätigung gilt auch die Teilnahme an Veranstaltungen (z.B. offizielle Festveranstaltungen, Vereinsversammlungen) der eigenen oben genannten freiwilligen Organisation sowie im Auftrag derselben verrichtete Tätigkeiten (z.B. Schulung, Delegation). Unfälle auf dem Weg zum Ort der Veranstaltung bzw. der zu verrichtenden Tätigkeit sind nicht versichert.

Abweichend von Artikel 5, Punkt 1.1. AUVB 2024 gelten Unfälle der versicherten Person als sonstiges Besatzungsmitglied eines Luftfahrzeuges anlässlich ihrer nicht berufsmäßigen Betätigung als ehrenamtliches Mitglied der oben genannten Organisationen als versichert.

2. Als Unfall gelten auch:
 - a. körperliche Schädigungen, die nachweisbar als Folge von Rauch, Gasen und Dämpfen eintreten;
 - b. Erkältungskrankheiten infolge Durchnässung, die nachweisbar innerhalb einer Frist von 8 Tagen, vom Einsatztage an gerechnet, auftreten und als solche ärztlich festgestellt sind;
3. Die für „Genesungsgeld“ vereinbarte Versicherungssumme wird verdoppelt.
4. Ist auch die Besondere Bedingung UVKU4057 vereinbart, so gilt der darin beschriebene Versicherungsschutz auch für die nicht berufsmäßige Betätigung der versicherten Person gemäß Punkt 1.
5. Wird der Versicherungsnehmer anlässlich seiner nicht beruflichen Tätigkeit gemäß Punkt 1 aufgrund einer Krankheit oder eines Unfalles vorübergehend vollständig arbeitsunfähig, so ist er ab dem 43. Tage der ununterbrochenen Arbeitsunfähigkeit für die weitere Dauer der Arbeitsunfähigkeit, längstens für 2 Jahre, von der Prämienzahlung befreit.
Die Prämienbefreiung endet jedenfalls, wenn feststeht, dass eine dauernde Arbeitsunfähigkeit gegeben ist bzw. sobald ein Pensionsanspruch (Berufs-, (Erwerbs)unfähigkeits-, Invaliditäts- oder Alterspension) besteht.

Als arbeitsunfähig gilt, wer infolge objektiv nachweisbarer Krankheit, Körperverletzung (Unfall) oder Zerfall der geistigen und körperlichen Kräfte vollständig außerstande ist, seinen Beruf oder eine andere, in Hinblick auf seine Kenntnisse und Fähigkeiten zumutbare Erwerbstätigkeit auszuüben. Bei Personen, die den Haushalt für die eigene Familie führen, gilt diese Tätigkeit ebenfalls als Beruf bzw. Erwerbstätigkeit im Sinne dieser Vereinbarung.

Es besteht kein Anspruch auf Prämienbefreiung, wenn sich der Versicherungsnehmer die zur Arbeitsunfähigkeit führende Krankheit oder die Körperschädigung freiwillig zugezogen hat oder diese durch eigenes grobes Verschulden oder infolge von Vergehen oder Verbrechen des Versicherungsnehmers entstanden ist.

Ferner besteht kein Anspruch auf Prämienbefreiung, wenn die Arbeitsunfähigkeit des Versicherungsnehmers in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit aktiven Kampfhandlungen oder anderen kriegerischen Ereignissen entstanden ist.

Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, innerhalb einer Woche nach Ablauf der 42tägigen Arbeitsunfähigkeit dem Versicherer die Arbeitsunfähigkeit durch Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses des behandelnden Arztes nachzuweisen.

Das Zeugnis hat den Vor- und Zunamen, die Adresse, das Geburtsdatum der behandelten Person, die Art der Erkrankung oder Körperverletzung, den Tag, von dem an ununterbrochene Arbeitsunfähigkeit besteht und die voraussichtliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten. Der Versicherer ist berechtigt, weitere Nachweise über das Fortbestehen der Arbeitsunfähigkeit zu verlangen. Der Versicherer ist dabei auch berechtigt, auf seine Kosten eine ärztliche

Untersuchung des Versicherungsnehmers durch einen von ihm genannten Arzt zu verlangen. Verweigert der Versicherungsnehmer die Vorlage der ärztlichen Zeugnisse oder die ärztliche Untersuchung, so erlischt der Anspruch auf Prämienbefreiung rückwirkend mit dem Ende jenes Zeitraumes, für den die Arbeitsunfähigkeit entsprechend nachgewiesen wurde.

Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, innerhalb einer Woche nach Beendigung der Arbeitsunfähigkeit ein Zeugnis des behandelnden Arztes vorzulegen, aus dem die Beendigung der Arbeitsunfähigkeit hervorgeht. Falls ein Pensionsanspruch besteht, ist der Versicherungsnehmer verpflichtet, dies unverzüglich zu melden. Wird diese Meldung unterlassen, erlischt der Anspruch auf Prämienbefreiung rückwirkend mit dem Ende jenes Zeitraumes, für den die Arbeitsunfähigkeit entsprechend nachgewiesen wurde.